



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Überschüsse für Infrastruktur und Bildung nutzen – Warnung vor Mindestlohn«

1. Herr Fichtner, die vier führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, unter ihnen das DIW Berlin, haben für die Bundesregierung die Gemeinschaftsdiagnose erstellt und einen neuen Aufschwung prognostiziert. Wie stark wird dieser Aufschwung ausfallen und wovon wird er abhängen? Wir erwarten, dass das zweite Halbjahr 2013 noch relativ schwach sein wird, dass sich dann aber mehr und mehr die günstige weltwirtschaftliche Lage, aber auch die gute Situation in Deutschland selbst durchsetzen kann und dann die deutsche Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt. Die deutsche Wirtschaft wächst im kommenden Jahr mit 1,8 Prozent. Das ist ein solides Wachstum und eine kräftige Entwicklung. Das geht einher mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit und vor allem mit einem kräftigen Anstieg bei der Beschäftigung.
2. Laut dem Gutachten wird der deutsche Staatshaushalt in den nächsten Jahren weiter einen Überschuss aufweisen. Wie hoch wird dieser Überschuss ausfallen und worauf gründet er? Der Überschuss im Staatshaushalt stützt sich zu wesentlichen Teilen auf die sehr gute konjunkturelle Situation. Das lässt die Steuereinnahmen sprudeln und sorgt gleichzeitig dafür, dass die Ausgaben des Staates relativ gering sind. Deswegen wird der deutsche Staat im Jahr 2018 zusammengekommen einen Überschuss von ungefähr 50 Milliarden Euro aufweisen. Selbst wenn man die konjunkturellen Effekte, also die gute Arbeitsmarktsituation und die hohen Steuereinnahmen abzieht, ist aber immer noch ein Überschuss von 30 Milliarden Euro drin. Das ist schon eine sehr gute finanzielle Situation für den Staat.
3. Wie könnte die Politik diesen Überschuss sinnvoll nutzen? Wir haben uns angeschaut, was an aktuellen Vorschlägen kursiert, zum Beispiel im Bereich der Bildungsausgaben oder auch im Bereich der Investitionsausgaben. Dabei kommen wir zu dem Schluss, dass man beispielsweise kräftige Infrastrukturinvestitionen oder auch hohe Ausgaben im Bildungsbereich ohne Steuererhöhungen stemmen kann. Man hat im Gegenteil sogar Spielräume, um die Steuern noch mal zu senken und die sogenannte kalte Progression abzubauen.
4. Wie beurteilen Sie die eventuelle Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns? Die Institute warnen sehr deutlich vor einem flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro. Wir gehen davon aus, dass damit erhebliche Arbeitsplatzverluste verbunden sind, insbesondere im Osten Deutschlands und in kleineren Unternehmen. Wenn ein Mindestlohn denn politisch gewollt sein sollte, wäre es ratsam ihn sehr niedrig anzusetzen, um diese Arbeitsmarktwirkung klein zu halten.
5. Was sind die wichtigsten Herausforderungen vor denen die deutsche Wirtschaftspolitik steht? Die Herausforderung wird sein, Deutschland für die längerfristige Zukunft fit zu machen. Wir haben im Moment eine gute konjunkturelle Lage, aber Deutschland steht in der Zukunft vor großen Herausforderungen, vor allem bedingt durch den demographischen Wandel. Wir werden immer älter, dafür muss man vorsorgen. Deswegen wäre es wünschenswert, dass die neue Bundesregierung mit hohen Ausgaben in den Bereichen Investition und Bildung für diese Zukunft vorsorgt und nicht zu sehr in Wahlzyklen denkt.
6. Die Schuldenkrise in der EU ist noch immer nicht beigelegt. Was kommt diesbezüglich noch an Belastungen auf Deutschland zu? Zumindest einige der Krisenländer werden noch auf Stützen aus den Rettungsschirmen angewiesen sein. Manches spricht dafür, dass die Krisenländer, insbesondere Griechenland, einen Teil der ausstehenden Forderungen nicht vollständig zurückzahlen können. Daher kann es in der Tat sein, dass da Belastungen auf den deutschen Staatshaushalt und die deutschen Steuerzahler zukommen. Die lassen sich aber im Moment noch nicht realistisch quantifizieren. Es ist jedoch zunächst einmal gut festzuhalten, dass der Tiefpunkt der wirtschaftlichen Lage in diesen Ländern erreicht zu sein scheint und dass man nach vorne blickt.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Die beteiligten Institute

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.